

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch

**Bezugspreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.00 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Beleggeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Bfg. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

**Inseratenpreise:** Die 10zeilige, Kolonelle 35 Bfg., bei Platzvorrat 40 Bfg. Stellenangebote 10zeilig, Kolonelle 25 Bfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10zeilig, Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inzerate v. ausw.: die 10zeilig, Kolonelle 40 Bfg. bei Platzvorrat, 50 Bfg., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## „Keine Konzession an den Volkswillen“

### Das Enteignungsgesetz abgelehnt. — Sozialdemokratische Interpellation über den Flaggenkonflikt.

#### Geständnis eines Nationalsozialisten.

Die gestrige Reichstags-Sitzung, die die Entscheidung über den Fortgang des Volkswillens bringen mußte, war nur von kurzer Dauer. Nichtsdestoweniger war sie an Stürmen reich und vielschichtig das bedeutendste Ereignis der zweitägigen, aber heftigen Debatte war ein Geständnis des deutschnationalen Dr. Frick, eines der Oberhaupten unseiner Angehörigen aus München, daß dem Volkswillen keinerlei Konzessionen gemacht werden dürften. Ansonsten pflegen sich diese Vorkämpfer des Faschismus in Deutschland mit dem Namen einer „Arbeiterpartei“ zu belegen. Gestern hat nunmehr Dr. Frick diese Demagogie zwar ungewollt, aber rückstuflos enttarnet.

Doch kaum war ihm das Wort entfahren . . . Da der Reichstag dieses Geständnis sofort durch mächtiges Hallo quittierte, empfand der Herr Oberamtmann unmittelbar die grenzenlose Dummheit, die er begangen hatte. Er wurde völlig aus dem Konzept gebracht und die Rede dieses Oberdemagogen endete so dann in einem beinahe hilflosen Gestammel, das noch mehr dazu beitrug, die völkische Bewegung, vor allem in der Arbeiterklasse, zu liquidieren.

In der Hauptsache wurde die gestrige Debatte durch eine Rede Scheidemanns bestritten, der nochmals mit den Deutschnationalen, insbesondere ihrem Führer, dem „ausgebildeten Grafen“ Westarp, wie ihn Hilferding bezeichnete, und wofür er mit einem Zwischenruf zu quittieren hatte, Abrechnung hielt. Scheidemann hatte dem edlen Schimpfgrafen wiederum so sehr auf die Felsen getreten, daß er, zuletzt nicht mehr Herr seiner Nerven, zum Entsetzen seiner eigenen Fraktionsmitglieder, die nur jögern folgten, einen Exodus, eine abermalige Flucht, vielleicht erneut in den Reichersbrunn, kommandierte. Das war selbst seinen treuen Schäffeln zuviel. Einige folgten, andre, wie Herr Laverrenz, blieben sitzen, und Everling, der getreue Fürstentum, erhielt großzügig die Genehmigung, in den Sitzungssaal zurückzukehren zu dürfen. Trotzdem haben die Herren Westarp, Hilferding und es war nicht mehr erforderlich, Herr Everling den Rat zu erteilen, sich einen Luftschoppen geben zu lassen. Er schwieg auch ohnedies.

Am Schluß seiner Rede kam Genosse Scheidemann, im Auftrage der Fraktion und als erster Redner im Plenum des Reichstages, auf die Flaggenfrage zurück. Zwar meldeten beinahe alle bürgerlichen Organe, daß Herr Dr. Luther die Absicht hätte, Scheidemann unmittelbar die Antwort zu erteilen. Obwohl er aber im Hause weiste, ließ er sich im Plenum nicht erblicken. Er genügte sich wohl mit dem Ruhhandel hinter dem Rücken, um seine Lebenszeit um einiges zu verlängern. Jedenfalls steht fest, daß kommenden Dienstag die sozialdemokratische Interpellation über die Flaggenfrage bestimmt verhandelt wird. Die Abstimmung dürfte kommenden Mittwoch in Szene gehen. Dabei werden die Zentrumsrepublikaner und die der Demokratischen Partei zu befehlen haben, ob es ihnen mit dem in so fürchtbaren Worten angekündigten Kampfe gegen Herrn Dr. Luther ernsthaft ist. Schreie doch die Germania, im Vorderreffen des Kampfes gegen den bisherigen Herrn und Meister: Herr Luther könne viel — er kann auch fallen.

Wir lassen zunächst noch dahingestellt, ob es die Zentrumsfraktion fertig bringen wird, in entscheidender Stunde gegen Herrn Luther zu stimmen. Wir vermuten vielmehr, daß sich bis dahin die republikanischen Geister im Zentrum beängstigt haben könnten. Zuletzt dürfte sich die ganze Aufregung gleich einem Sturm im Wasserflasch erweisen, der die diversen Schmeißer Wippel eigentümlich ganz zu Unrecht in Erregung brachte. Jedenfalls zeigen auch gestern weder die Demokraten noch die Zentrumsleute irgendwelche Neigung, den Kampf gegen die Fürsten auch nur mit einiger Energie zu führen. Lediglich haben Demokraten haben es fertig gebracht, an die Seite der 12 1/2 Millionen zu treten. Sie verließen vor der Abstimmung den Sitzungssaal. Ein zweiter Exodus an dem kurzen Verhandlungstag, was freilich nicht dazu beigetragen vermochte, die Kräfteverteilung im Reichstage irgendwie zu verändern.

Wie bereits im Ausschuss, wurde alles abgelehnt. Der Verwässerungsantrag des Zentrums wurde in namentlicher Abstimmung mit 282 gegen 106, der Antrag der Demokraten wurde durch Erheben von den Plätzen im Handumdrehen abgetan und nur der völkische Antrag zur „Enteignung des Vermögens der Bank- und Börsenfürsten und anderer Volksparasiten“ hatte einige humoristische Epochen im Gefolge. Auch dieses Meisterwerk der Demagogie war dem Ausschuss überlassen worden. Neben den Deutschvölkischen hatten sich feinerzeit die deutschnationalen und völkischen Parteigenossen der Bank- und Börsenfürsten erhoben, was nicht dazu beigetragen haben mag, die Gefährlichkeit dieser Kreise zu erhöhen. Und das ist bei der traditionellen Jugendlosigkeit aller Junker für die Deutschnationalen von besonderer Wichtigkeit. Jedenfalls erklärte Graf Westarp in einer kurzen Bemerkung, daß die Sache nicht so schlimm aufzufassen gewesen sei und auch der Fraktionsführer der Volkspartei, Dr. Scholz, der selten aus seiner Reserve aufzuschrecken ist, trat eigenhändig auf den Plan, um zu erklären, daß die damalige Geistes nicht so ernst zu nehmen wäre.

Die Deutschvölkischen hatten namentliche Abstimmung über ihren Gesetzentwurf gefordert. Anstatt der erforderlichen 50 Stimmen, die zur Unterfertigung notwendig sind, erhoben sich die 15 Mannen der Femepartei, von denen Ludendorff jorndauernd zu subtrahieren ist, wonach die Entscheidung über dieses klassische Initiativgesetz im nor-

malen Abstimmungswege vor sich ging. Dabei ergab sich eine Episode, die stürmische Heiterkeit im Gefolge hatte. Ueber den Artikel 1, in dem die verschiedenen Schichten, die auf Grund dieses Gesetzes enteignet werden sollten, verzeichnet sind, wurde getrennte Abstimmung vorgenommen. Für die Enteignung der „Bank- und Börsenfürsten“ erhob sich mit den Deutschvölkischen die kommunistische Fraktion. Das war eine ebendies traditionelle Erscheinung, aber auch bei der Erledigung dieses Gesetzes machte sich der Moskauer Reformismus Stalins geltend. Als über die Enteignung der „ausgehenden Oskuden und sonstigen Fremdstämmigen“ abgestimmt wurde, standen die Völkischen allein auf weiter Flur. Jetzt blieben auch die Kommunisten sitzen, was stürmische Heiterkeitsausbrüche im ganzen Hause im Gefolge hatte. Die Kommunisten sahen wie die besoffenen Pudel da, noch viel mehr, als sie auch die Enteignung der Kriegs- und diverser anderer Inflationsgewinnler mit den gesamten anderen Parteien negierten. Damit schloß das parlamentarische Finale über das Enteignungsgesetz. Der Reichstag hat gesprochen. Nunmehr haben die breiten Massen des Volkes das Wort.

Wenn der Volkswille vor sich gehen wird, ist noch immer nicht abzusehen. Noch haben wir eine Regierung. Scheidemann hat Herrn Dr. Luther den schärfsten Kampf angefangt, der sich freilich bei der Abstimmung über das Mißtrauensvotum der Kommunisten, die heute erfolgen soll, noch nicht auswirken dürfte. Welches Schicksal aber auch Herrn Dr. Luther beschieden sein wird — die Reichsbannertrameraden Rühl und Dr. Marx sind nicht weniger schuldig — bis zum nächsten Mittwoch werden sie bestimmt noch zu leben haben, und auch dann hängt ihr ferneres Dasein von den „Republikanern“ ab, die jetzt mit Worten so wacker zu streiten vermochten.

Die Nürnbergberger hängen keinen, sie hätten ihn denn . . .

#### Die Interpellation der Sozialdemokratie.

SPD. Die von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag eingebrachte Interpellation hat folgenden Wortlaut:  
„Ist die Reichsregierung bereit, Auskunft über die Beweggründe zu geben, die den Reichskanzler zur Gegenzeichnung des Flaggenentwurfes veranlaßt haben?“

Gült die Reichsregierung den Erlaß mit dem Sinn der Reichsversammlung für vereinbar?

Fürchtet sie nicht, daß der Erlaß, statt zur Versöhnung beizutragen, die Gegensätze innerhalb des deutschen Volkes vertiefen wird?

Ist ihr endlich bewußt, daß das Hiszen der Flagge des Kaiserreichs die fremden Regierungen zu Schlußfolgerungen veranlassen kann, die der auswärtigen Politik des Reiches abträglich sein würden?“

Nach einer mehrstündigen Debatte beschloß die Fraktion in ihrer Sitzung vom Donnerstag, folgenden Mißtrauensantrag im Reichstag einzubringen:

„Der Reichstag mißbilligt die Verordnung über das Hiszen der Flaggen auf den Gebäuden der Deutschen Mission im Ausland und spricht dem Reichskanzler, der die Verordnung verantwortliche Gegenzeichnung hat, das Mißtrauen aus.“

Die Sozialdemokratie ist der Überzeugung, daß die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung in diesem Kampfe hinter ihr steht und sie mit allen Kräften führen wird.

In der Abstimmung über den kommunistischen Antrag wird sich die sozialdemokratische Fraktion der Stimme enthalten. Sie ist zu diesem Entschluß gekommen, weil sie den Kampf gegen den Reichskanzler bis zur letzten Konsequenz ausfechten will und nicht die Absicht hat, der Reichsregierung bei der Abstimmung am Freitag durch die Ablehnung des kommunistischen Mißtrauensantrages, gegen den mit Ausnahme der Deutschnationalen alle bürgerlichen Parteien stimmen werden, zu einem indirekten Vertrauensvotum zu verhelfen. Das Signal steht trotzdem auf Sturm, der am kommenden Dienstag bei der Bepröfung der sozialdemokratischen Interpellation seinen Höhepunkt erreichen wird.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat inzwischen dem Reichskanzler mitgeteilt, daß sie nicht in der Lage ist, gegen einen sozialdemokratischen Mißtrauensantrag zu stimmen.

Die Meldung einzelner Sensationsblätter, daß das Reichsbanner ein Volksbegehren über die Reichsflagge einleiten will, entspricht nicht den Tatsachen. Richtig ist, daß die Flaggenverordnung der Reichsregierung in der am 11. Mai vorgezeichneten Bundesausführung des Reichsbanners besprochen wird.

## Republikaner heraus zum Protest!

### Eine dreiste Herausforderung

Der gesamten republikanisch gesinnten Bevölkerung hat die Reichsregierung gewagt. Ohne Rücksicht auf die Gefühle der republikanischen Bevölkerung, ohne Zustimmung der Volksvertretung hat sie durch eine Verordnung die überseeischen deutschen Gesandtschaften, Bottschaften und Konsulate gezwungen,

### die schwarzweißrote Kaiserfahne

die Flagge der Kriegsheer und der Rechtsputschisten als amtliche Flagge der Deutschen Republik aufzuziehen. Unter dem Druck der schwarzweißroten Nationalisten und Monarchisten hat die Reichsregierung diesen Schlag gegen die Republikaner geführt. Dieser neue reaktionäre Streich ist nur ein weiteres Glied in einer lange Kette von Anschlägen gegen die Republik. Arbeitende Bevölkerung, Republikaner, wehrt euch gegen diesen neuen Vorstoß der

offenen und verkappten Feinde der Republik!

**Heraus zur Waffenkundsgebung am Sonntag, dem 9. Mai, 1/11 Uhr vormittags auf dem Markt.**

Reichstagsabgeordneter Crispian, Berlin, spricht.

Werkätige Bevölkerung, Republikaner Leipzigs, heraus zum Massenprotest! Gebt die gebührende Antwort auf die freche Herausforderung der Feinde der Republik!

**Wahrt die Rechte des Volkes! Schützt die deutsche Republik!**

Sozialdemokratische Partei Groß-Leipzig. Gewerkschaftskartell Leipzig.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Leipzig-Stadt und Land.

Der Allgemeine freie Angestelltenbund (Ortskartell Leipzig) und der Allgemeine deutsche Beamtenbund (Ortsausschuß Leipzig) richten an alle republikanischen Angestellten und Beamten die Aufforderung zur Beteiligung an der Protestkundsgebung.

Die republikanische Bevölkerung der Umgebung Leipzigs wird aufgefordert, sich geschoffen an der Kundsgebung zu beteiligen.

Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat die Gauleitungen im Reiche angewiesen, alle Ortsgruppen aufzufordern, am Sonntag gegen den Flaggenraub durch den Reichskanzler Dr. Luther zu demonstrieren. Es wird erwartet, daß alle Ortsgruppen von sich aus die nötigen Vorbereitungen treffen, damit am Sonntag im ganzen Reich einmütig schärfster Protest gegen die herausfordernde Haltung des Reichskanzlers erhoben wird.